

# Geschichte und Region/Storia e regione

18. Jahrgang, 2009, Heft 2 – anno XVIII, 2009, n.2

## Umsiedlung und Vertreibung in Europa / Spostamenti forzati di popolazioni in Europa 1939–1955

Herausgeber dieses Hefes / curatori di questo numero  
Michael Wedekind und / e Davide Rodogno

**StudienVerlag**

Innsbruck  
Wien  
Bozen / Bolzano

Umsiedlung und Vertreibung in Europa / Spostamenti forzati  
di popolazioni in Europa 1939–1955

Hansjörg Gutberger . . . . .	21
<i>Auf dem Weg zu einer radikalen Ordnung des Sozialen: Nationalsozialistische Raumpforschung, Raumordnung und ländliche Sozialwissenschaft vor Beginn der NS-Siedlungspolitik im Zweiten Weltkrieg</i>	
Martin Dröge . . . . .	48
<i>„An der Neubesiedlung des Ostens ist Westfalen stärkstens interessiert.“ Initiative und Planungen zur landsmannschaftlich geschlossenen Ansiedlung westfälischer Bauern im Reichsgau Wartheland 1940–1942</i>	
Michael Wedekind . . . . .	71
<i>Planung und Gewalt: Raumordnung und Bevölkerungsplanung im Kontext der Umsiedlung Südtirol</i>	
Roberta Pergher . . . . .	110
<i>Le Opzioni in Sudtirolo e la politica demografica fascista: tra nazionalizzazione e mancata segregazione razziale</i>	
Nevenko Bartulin . . . . .	129
<i>Politiche etniche italiane e croate nel territorio annesso di Dalmazia e nello Stato indipendente di Croazia (1941–1943)</i>	
Alberto Basciani . . . . .	155
<i>Il trattato di Craiova del 7 settembre 1940 e gli scambi di popolazione tra la Romania e la Bulgaria (1940–1943).</i>	
Michael Portmann . . . . .	177
<i>Die Bevölkerungs- und Nationalitätenpolitik des kommunistischen Jugoslawien im Spannungsfeld von Revolution und Tradition (1944–1948), unter besonderer Berücksichtigung der deutsch- und ungarischsprachigen Gruppen in der Autonomen Provinz Vojvodina</i>	
Forum	
Giorgio Mezzalana . . . . .	197
<i>Da un confine all'altro: esuli giuliani, istriani e dalmati in Alto Adige</i>	
Mariapia Bigaran . . . . .	207
<i>Una rassegna degli ultimi studi degasperiani</i>	

Christian Rohr, Extreme Naturereignisse im Ostalpenraum. Naturerfahrung im Spätmittelalter und am Beginn der Neuzeit. . . . .	215
<i>(Christian Pfister)</i>	
Stefano Biguzzi, Cesare Battisti. . . . .	217
<i>(Mariapia Bigaran)</i>	
Josef Ehmer/Karl Ille (Hgg.) Italienische Anteile am multikulturellen Wien . . . . .	220
<i>(Margareth Lanzinger)</i>	
Claudia Andrea Spring, Zwischen Krieg und Euthanasie. Zwangssterilisationen in Wien 1940–1945. . . . .	224
<i>(Stefan Lechner)</i>	
Simona Boscani Leoni, Essor et fonctions des images religieuses dans les Alpes. L'exemple de l'ancien diocèse de Coire (1150–1530 env.). . . . .	228
<i>(Helmut Stampfer)</i>	
Massimo Bertoldi, Lungo la Via del Brennero. Viaggio nello spettacolo dal Tardo Medioevo al Rinascimento . . . . .	231
<i>(Hans Drumbl)</i>	

Abstracts

Autoren/Autori

# Die Bevölkerungs- und Nationalitätenpolitik des kommunistischen Jugoslawien im Spannungsfeld von Revolution und Tradition (1944–1948), unter besonderer Berücksichtigung der deutsch- und ungarischsprachigen Gruppen in der Autonomen Provinz Vojvodina

Michael Portmann

## 1. Einleitung

In meinem Beitrag gehe ich von der Annahme aus, dass die Bevölkerungspolitik des kommunistischen Jugoslawien – wie sie in der Autonomen Provinz Vojvodina (*Autonomna pokrajina Vojvodina; AP Vojvodina*) seit Herbst 1944 von den neuen Machthabern appliziert wurde – das Produkt eines permanenten Ringens zwischen revolutionären und traditionellen Kräften in- und außerhalb der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (*Komunistička partija Jugoslavije; KPJ*) darstellte. Einleitend sei daher kurz erläutert, was ich im Folgenden unter dieser Dichotomie verstehe: Die programmatische Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Angehörigen aller fünf jugoslawischer Nationen (Slowenen,<sup>1</sup> Kroaten, Serben, Makedonier und Montenegriner) und nationaler Minderheiten (Ungarn, Albaner, Rumänen, Slowaken usw.) kann als revolutionär umschrieben werden. Dieser internationalistische Ansatz verdichtete sich semantisch in der oft bemühten Formel von „Brüderlichkeit und Einheit“ (*bratstvo i jedinstvo*). Die Staatsbürger sollten im sozialen Sinne in die ‚neue Gesellschaft‘ integriert werden, ohne dabei (vorderhand) etwas von ihrer ethnisch-kulturellen Individualität einzubüßen. Die jugoslawisch-kommunistischen Nationalitätenkonzepte von Josip Broz Tito (1892–1980), Edvard Kardelj (1910–1979), Moša Pijade (1890–1957) und anderen Ideologen stellten auf dem Papier – und mit Einschränkungen auch in

1 Auch wenn ich die Applizierung ethnischer bzw. nationaler Einteilungsschemata als Zeitgenosse ablehne, so akzeptiere ich diese als Historiker. Im Bewusstsein, dass es keine objektiven Bestimmungskriterien für die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation gibt, verwende ich diese Begriffe im Sinne der damaligen Fremd- und Selbstwahrnehmung, ohne damit selbst ‚objektiv‘ festlegen zu wollen, wer ‚Deutscher‘ (bzw. Slowene, Serbe, Kroate usw.) war und wie viele es davon ‚eigentlich‘ gegeben hat. Der leichteren Lesbarkeit halber werde ich Ethnika (‚Serben‘, ‚Deutsche‘ usw.) nicht mit Anführungszeichen relativieren.

der praktischen Umsetzung – einen radikalen Bruch im Vergleich zu den ethnischen Assimilierungs- und politischen Zentralisierungsbestrebungen Belgrads dar.<sup>2</sup>

Im Gegensatz dazu gab es unter anderem in Person des serbisch-nationalistischen Bundeslandwirtschaftsministers Vaso Čubrilović (1897–1990)<sup>3</sup> oder des serbisch-liberalen Bundesministers für Kolonisation Sreten Vukosavljević (1881–1960)<sup>4</sup> gewichtige Stimmen, die nach wie vor der Nationszugehörigkeit mehr Gewicht beimaßen als der korrekten (d.h. sozialistischen) Orientierung. Beide Politiker, obwohl nicht Mitglieder der KPJ, gehörten dem einflussreichen Agrarrat (*Agrarni savet*)<sup>5</sup> an und waren maßgeblich an der Ausarbeitung des im bevölkerungspolitischen Zusammenhang zentralen Gesetzes über Agrarreform und Kolonisation<sup>6</sup> beteiligt. Die in sprachlich-nationaler und sozialer Hinsicht

- 2 Theoretische Überlegungen dazu bei: Leopold KOBŠA/Vjekoslav KOPRIVNJKAR/Ineš ŠAŠKOR (Hgg.), Nacionalno pitanje u djelima klasika marksizma i u dokumentima i praksi KPJ/SKJ [Die nationale Frage in den klassischen Werken des Marxismus sowie in den Dokumenten und der Praxis von KPJ/BdKJ], Zagreb 1978, S. 47–61 und 177–604; Boris MEISSNER, Nationalitätenfrage und Sowjetideologie. In: Georg BRUNNER (Hg.), Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa, Köln 1982, S. 11–44; DERS., Die „nationale Frage“ in marxistischer und leninistischer Sicht. In: Roland SCHÖNFELD (Hg.), Nationalitätenprobleme in Südosteuropa (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 25), München 1987, S. 9–31.
- 3 Vaso Čubrilović wurde 1897 in Bosanska Gradiška (Bosnien) geboren. Als Siebzehnjähriger war er am Attentat auf den habsburgischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand (1863–1914) in Sarajevo beteiligt und wurde dafür zu 16 Jahren Haft verurteilt. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie kehrte er in das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zurück. In den 30er Jahren beriet der studierte Historiker die Regierung hinsichtlich der nationalen Probleme im jugoslawischen Vielvölkerstaat und verfasste 1937 eine Denkschrift über „Die Aussiedlung der Albaner“ (*Iseļjavanje arnauta*). Obwohl den neuen kommunistischen Machthabern Čubrilovićs großserbisch-nationalistische Position bekannt war, wurde er 1945 zum Bundesminister für Landwirtschaft ernannt. Zwischen 1946 und 1950 hatte er das Amt des Ministers für Forstwirtschaft inne. Čubrilović verstarb 1990 in Belgrad. Siehe: Slobodan NEŠOVIĆ, Stvaranje nove Jugoslavije [Die Gründung des neuen Jugoslawien], Belgrad 1981, S. 728.
- 4 Sreten Vukosavljević wurde 1881 in einem Dorf in der Nähe von Prijepolje im Südwesten Serbiens (Sandžak von Novi Pazar) geboren. In der Zwischenkriegszeit war er Parlamentsabgeordneter sowie Staatsuntersekretär und unterrichtete Soziologie des Dorfes an der Universität Belgrad. Seit 1943 Mitglied im Präsidium des Antifaschistischen Volksbefreiungsrates Jugoslawiens (AVNOJ), wurde er im März 1945 – obwohl nicht Mitglied der KPJ – von Tito zum Bundesminister für Kolonisation ernannt. In dieser Funktion beteiligte er sich maßgeblich an der technischen Planung und den ideologischen Vorbereitungen für die Wiederbesiedlung der Vojvodina, die offiziell im Herbst 1945 anließ und Ende 1947 als mehr oder weniger abgeschlossen gelten konnte. Im Zuge der Verabschiedung der Verfassung im Januar 1946 wurde das Ministerium für Kolonisation aufgelöst und dessen Aufgaben von der neu gegründeten Kommission für Agrarreform und Kolonisation bei der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien übernommen. Wegen vorangegangener inhaltlicher Differenzen mit der Parteiführung wurde anstelle von Vukosavljević das Parteimitglied Krsto Popivoda (1910–1988) zum Chef dieser Kommission bestellt. Siehe hierzu: Nikola L. GAČEŠA, Delatnost Sretena Vukosavljevića kao ministra za kolonizaciju od marta 1945. do februara 1946. [Die Tätigkeit von Sreten Vukosavljević als Minister für Kolonisation von März 1945 bis Februar 1946]. In: Nikola L. GAČEŠA (Hg.), Radovi iz agrarne istorije, demografije [Arbeiten aus der Agrargeschichte, Demografie], Novi Sad 1995, S. 413–443, hier S. 413 f. und 422 f.; NEŠOVIĆ, Stvaranje, S. 782.
- 5 Der Agrarrat des Demokratischen Föderativen Jugoslawien konstituierte sich Ende August 1945. Das dreizehnköpfige Organ wurde von Moša Pijade geleitet und gab die Richtlinien in der Landwirtschafts- und Ansiedlungspolitik vor. Die Hauptaufgabe des Agrarrats bestand in der Umsetzung des kurz zuvor verabschiedeten Gesetzes zur Agrarreform und Kolonisation; siehe: Marijan MATIČKA, Agrarna reforma i kolonizacija u Hrvatskoj 1945.–1948. [Agrarreform und Kolonisation in Kroatien 1945–1948], Zagreb 1990, S. 54 f.
- 6 Der Gesetzestext ist abgedruckt in: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.), Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa 5), Bonn 1961, S. 223 E–233 E.

komplexe Vojvodina wurde von ihnen als ‚serbisches Land‘ betrachtet, worauf Serben und Montenegriner axiomatisch mehr Anrecht hätten als Mitglieder anderer Nationen.<sup>7</sup> Angehörige von (nicht südslawischen) Minderheiten galten *a priori* als „Elend und Schwäche“ (Sreten Vukosavljević)<sup>8</sup> für den Staat. Dieser Ansatz soll im Folgenden als traditionell charakterisiert werden.

Die Konfliktlinien zwischen revolutionären und traditionellen Bevölkerungsvorstellungen traten in der Vojvodina besonders deutlich zu Tage. Die theoretischen Vorgaben der KPJ bedeuteten für die multiethnische Provinz zunächst, dass kollektive Zwangsaussiedlungen ‚national feindlicher‘ Gruppen nicht als ideologiekonformes Instrument zur Bestrafung derselben angesehen wurden. Gleichwohl kam es in der Vojvodina zu erzwungenen Bevölkerungsverschiebungen, die (im Falle der Donauschwaben) beinahe die gesamte bzw. (im Falle der Ungarn) lediglich Teile der Volksgruppe betrafen. Diese Vorgänge dürften das Ergebnis eines informellen Kompromisses zwischen der eher traditionell denkenden serbischen bzw. vojvodinischen Partei und Bevölkerung einerseits sowie der eher internationalistisch ausgerichteten jugoslawischen Parteiführung andererseits gewesen sein. Wenn sich in der Nationalitätenpolitik Wirklichkeit und Anspruch nur punktuell in Einklang bringen ließen, so ist diese Deviation vor allem dem Ringen zwischen serbischer Tradition und jugoslawisch-kommunistischer Moderne geschuldet – ein Ringen, welches im Zuge des Revolutionsprozesses auch an vielen anderen Fronten zu beobachten ist. Ein eindeutiger ‚Sieger‘ dieses Duells, so viel sei vorweggenommen, lässt sich – zumal in Bezug auf die Umsetzung der Bevölkerungsstrategie und Siedlungspolitik – nicht bestimmen.

Im vorliegenden Beitrag soll die jugoslawische Politik gegenüber den deutsch- und ungarischsprachigen Gruppen in der im September 1945 konstituierten Autonomen Provinz Vojvodina auch und gerade hinsichtlich ihrer internationalistischen Tauglichkeit überprüft werden.

## 2. Die deutschsprachige Bevölkerung 1944–1948

### 2.1. Flucht, Enteignung und Internierung

Bevor die kommunistisch dominierte Partisanenarmee Titos im Oktober 1944 das Gebiet der späteren Autonomen Provinz Vojvodina erreichte, sind rund

7 Nicht zufällig wurden die Volksrepubliken Kroatien und Slowenien in einem vom Ministerium für Kolonisation im August 1945 ausgearbeiteten ersten Projektentwurf zur Wiederbesiedlung der Vojvodina vorerst nicht berücksichtigt. Zu diesem Zeitpunkt sah man lediglich vor, Personen aus Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Makedonien anzusiedeln. Es lässt sich die Vermutung schwerlich von der Hand weisen, dass Vukosavljević damit die mehrsprachige Vojvodina ‚serbischer‘ machen wollte. Siehe: Nikola L. GAČEŠA, Stav Sretena Vukosavljevića prema raspodeli republičkih naseljeničkih kvota i reiona u Vojvodini 1945. godine [Die Stellung von Sreten Vukosavljević zur Verteilung der Republiksansiedlungsquoten und der Ansiedlungsrayons in der Vojvodina im Jahre 1945]. In: Nikola L. GAČEŠA (Hg.), Radovi iz agrarne istorije, demografije, Novi Sad 1995, S. 435–443, hier S. 437 und 440.

8 Nikola L. GAČEŠA, Agrarna reforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945.–1948. [Agrarreform und Kolonisation in Jugoslawien 1945–1948], Novi Sad 1984, S. 147.

225.000 ‚Volksdeutsche‘ entweder bereits evakuiert worden, geflüchtet oder sie befanden sich nach wie vor in einer der deutschen Militärformationen.<sup>9</sup> Ausgehend von einer deutschsprachigen Gesamtbevölkerung von 385.000 gerieten somit ca. 160.000 Donauschwaben – überwiegend Kinder, Frauen und ältere Menschen – unter die Herrschaft einer kommunistischen Militärverwaltung, die im Banat, der Bačka und der Baranja zwischen Mitte Oktober 1944 und Mitte Februar 1945 Bestand hatte (siehe Abbildung 1). Parallel zum Ein- bzw. Durchmarsch der Roten Armee und jugoslawischer Partisaneneinheiten kam es in zahlreichen Ortschaften der Vojvodina zu gewalttätigen Plünderungen verlassener oder noch bewohnter Häuser sowie zu Racheakten an der deutschen, ungarischen und kroatischen Zivilbevölkerung.<sup>10</sup> Nach Errichtung der Militärverwaltung setzten in der zweiten Oktoberhälfte 1944 die ersten systematischen Festnahmen von herausragenden Vertretern der ‚volksdeutschen‘ Bevölkerungsgruppe ein (Angehörige der Deutschen Mannschaft, von Waffen-SS und Banater Polizei, deutsche Bürgermeister und Verwaltungsbeamte, führende Persönlichkeiten der Volksgruppenorganisation, KZ-Wächter usw.). In Zusammenarbeit von Geheimpolizei (*Odeljenje za zaštitu naroda*; OZNA), militärischer Spezialeinheit (*Korpus narodne odbrane Jugoslavije*; KNOJ) und örtlicher Militärverwaltung wurden die Verhafteten verhört, dabei nicht selten misshandelt, gefoltert und anschließend in improvisierten Lagern zusammengetrieben.<sup>11</sup> Aus einer Zusammenstellung der II. Abteilung der OZNA für die Vojvodina aus dem Jahr 1946 geht hervor, dass Soldaten der Geheimpolizei in der Provinz insgesamt 9.668 Personen töteten, davon 6.763 Deutsche, 1.776 Ungarn, 436 Kroaten und 693 Personen anderer Nationalität.<sup>12</sup>

9 Donauschwäbische Kulturstiftung (Hg.), Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948. Die Stationen eines Völkermords, München 2000, S. 66.

10 Dazu die zahlreichen Erlebnisberichte: Donauschwäbische Kulturstiftung (Hg.), Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. Erlebnisberichte über die Verbrechen an den Deutschen durch das Tito-Regime in der Zeit von 1944–1948, Band 2, München/Sindelfingen 1997, S. 61–63, 79–81, 91–93, 176 f., 179 f., 231 f., 258 f. u. a. Auch wenn ich einige Dokumente aus den Händen der kommunistischen Geheimpolizei OZNA und der militärischen Spezialeinheit KNOJ einsehen konnte, sind die mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassten Berichte über derartige Aktionen unmittelbar nach dem Einmarsch in keinem Archiv verzeichnet. In den Akten anderer Institutionen (namentlich in den vier Abschlussberichten einer im Frühjahr 1945 eingesetzten außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina) ist sporadisch die Rede von ‚Fehlern‘ und ‚Unregelmäßigkeiten‘, die im Zusammenhang mit dem Machtwechsel aufgetreten sind; siehe: Arhiv Srbije i Crne Gore, Belgrad (ASCG; Archiv Serbiens und Montenegros), Fond 50, 36/27: Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina vom 20. Mai 1945 an das Präsidium des Ministerrats des Demokratischen Föderativen Jugoslawien.

11 Bundesministerium, Schicksal der Deutschen, S. 91 E.

12 Hrvatski institut za povijest (Hg.), Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944.–1946. Dokumenti [Repression und Verbrechen durch Partisanen und Kommunisten in Kroatien 1944–1946. Dokumente], Slavonski Brod 2005, S. 324–326, hier S. 325 f. Die Zahl der getöteten Deutschen deckt sich ungefähr mit den Berechnungen der Donauschwäbischen Kulturstiftung; siehe: Donauschwäbische Kulturstiftung, Verbrechen, S. 290 f.

Abbildung 1: Die jugoslawische Militärverwaltung für den Banat, die Bačka und Baranja (1944/45)



Aus: Michael PORTMANN, Die kommunistische Revolution in der Vojvodina (1944–1952): Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wien 2008, S. 159.

Jugoslawische Quellen schweigen bis heute darüber, ob Tito im Herbst 1944 konkrete Weisungen zur Behandlung der einheimischen Deutschen erließ oder ob die Verhaftungen, Massenerschießungen, die Verpflichtung zum Arbeitsdienst und die partielle Internierung von Donauschwaben seit Oktober 1944 ohne klare Vorgaben der Parteispitze und damit nach eigenem Ermessen höherer Militärs und Parteifunktionäre erfolgten. In der „Dokumentation der Vertreibung“ und in der donauschwäbischen Literatur wird allgemein von einem geplanten, zentral gesteuerten Vorgehen ausgegangen („Aktion Inteligencija“).<sup>13</sup> Die Organisationsstruktur der Militärverwaltung für den Banat, die Bačka und die Baranja mit ihrer Abteilung für Mobilisation, Lager und Arbeitsdienst deutet darauf hin, dass zumindest ein eher allgemeiner, möglicherweise nur mündlicher Befehl von ganz oben eine ‚Spezialbehandlung‘ für die verbliebenen einheimischen Donauschwaben (und zu Beginn auch der Ungarn) anordnete. Bei der hierarchischen Befehlsstruktur von Partei und Armee hätten derartige Aktionen kaum ohne das Wissen und das grundsätzliche Placet Titos durchgeführt werden können.

Auf der Basis der heute verfügbaren Dokumente muss davon ausgegangen werden, dass bis zum Ende des Krieges von den tonangebenden kommunistischen Ideologen keine kollektive Aussiedlung der

<sup>13</sup> Bundesministerium, Schicksal der Deutschen, S. 91 E.



Jugoslawiendeutschen und anderer ‚problematischer‘ bzw. feindlicher Gruppen intendiert war. Verwiesen sei hierzu auf den in der Literatur vielfach bemühten Präsidialbeschluss des Antifaschistischen Volksbefreiungsrates Jugoslawiens (*Antifašističko veće narodnog oslobođenja Jugoslavije*; AVNOJ) „über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates, über die staatliche Verwaltung des Vermögens abwesender Personen und die Sequestration des Vermögens, das von den Besatzungsbehörden zwangsveräußert wurde“.<sup>14</sup> Der Entstehungszeitpunkt des Beschlusses (21. November 1944) deutet darauf hin, dass man sich an den bereits geschaffenen Fakten – nämlich der Flucht einer Mehrheit der Jugoslawiendeutschen – orientierte und auf dieser Grundlage die Entscheidungen mehr oder weniger *ad hoc* traf. Der AVNOJ-Beschluss regelte unter anderem die kollektive Enteignung der einheimischen deutschsprachigen Bevölkerung. Lediglich diejenigen Deutschen, „die in den Reihen der Volksbefreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich gezeigt haben“<sup>15</sup>, durften ihren Besitz behalten. Im Unterschied jedoch beispielsweise zur Tschechoslowakei blieben ‚Personen deutscher Volkszugehörigkeit‘ bis zur Annahme einer anderen (meist deutschen oder österreichischen Staatsbürgerschaft) *de jure* Staatsangehörige Jugoslawiens.<sup>16</sup> In der Vojvodina sind auf der Grundlage dieses Beschlusses 68.035 ‚deutsche‘ Besitzungen (in der Bačka 29.706, in Syrmien 7.022 und im Banat 24.973 Gebäude) mit einer Gesamtfläche von 389.256 Hektar in den entstehenden staatlichen Bodenfonds eingeflossen. Der konfiszierte ‚deutsche‘ Besitz machte damit etwas mehr als die Hälfte des gesamten Bodenfonds der Vojvodina aus.<sup>17</sup>

Der erste bekannte Befehl der kommunistischen Führung zur teilweisen Internierung der donauschwäbischen Bevölkerung aus dem Banat erging bereits am 18. Oktober 1944.<sup>18</sup> In dem von der ‚volksdeutschen‘ Bevölkerungsgruppe zur Kriegszeit politisch beherrschten Banat scheint sich der Umgang mit den zurückgebliebenen Deutschen von Anfang an nach klaren Vorgaben gerichtet zu haben. Anders in der Bačka: Hier erfolgte die Errichtung erster Zivillager nicht vor Mitte/Ende November 1944. Als Begründung für die Lagereinweisung der männlichen deutschen Bevölkerung zwischen 16 und

14 Službeni list Demokratske Federativne Jugoslavije [Amtsblatt des Demokratischen Föderativen Jugoslawiens], 6.2.1945, Punkt 25; deutsche Übersetzung in: Bundesministerium, Schicksal der Deutschen, S. 180 E–183 E.

15 Zit. aus: Ebd., S. 180 E.

16 Michael PORTMANN, Die kommunistische Revolution in der Vojvodina (1944–1952): Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wien 2008, S. 237 f.

17 GAČEŠA, Agrarna reforma, S. 191.

18 Arhiv Vojno-istorijskog Instituta, Belgrad (AVII; Archiv des Kriegsgeschichtlichen Instituts), Fond „Narodnooslobodilački rat“ (NOR), kutija 1661, fascikla 1, dokument 11/1–4: Anordnung Nr. 2 des Militärgebietskommandanten Banat der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee vom 18.10.1944, gezeichnet Srević.

60 Jahren wurden militärische Gründe geltend gemacht.<sup>19</sup> In der später nicht mehr zur Autonomen Provinz Vojvodina, sondern zur Volksrepublik Kroatien gehörenden Baranja begannen die Internierungen sogar erst nach dem Januar 1945. Unter der Militärverwaltung orientierte sich die Behandlung der einheimischen Deutschen offenbar eher an einem konkreten, wenn auch überspannten Sicherheitsbedürfnis der Armee als an zuvor definierten politisch-ideologischen Richtlinien.

Die beinahe komplette Lagereinweisung der donauschwäbischen Bevölkerung setzte im Frühjahr 1945 ein. Erst zu diesem Zeitpunkt waren offenbar die geistigen, personellen und materiellen Ressourcen verfügbar, die für eine derart groß angelegte Internierungsaktion benötigt wurden. Bis zum Juni wurden zwischen 110.000 und 120.000 Donauschwaben (rund 85 Prozent der in der Vojvodina verbliebenen Personen) entweder in Lager verbracht oder in Dörfern unter spezieller Verwaltung (*naselje pod specijalnim režimom*) zusammengezogen.<sup>20</sup> Von der Kollektivinhaftierung vorerst ausgenommen waren die in den Reihen der Volksbefreiungsarmee kämpfenden Deutschen sowie Personen aus Mischehen und Fachkräfte. Wenn die allgemeine Internierung im Frühjahr 1945 anfänglich noch vordergründig militärisch motiviert gewesen sein dürfte, so ergaben sich für die Behörden mittelfristig durchaus auch andere ‚Vorteile‘ einer Konzentration der donauschwäbischen Minderheit: Einerseits erreichte man mit der sukzessiven Errichtung von getrennten Lagern für die arbeitsfähige und arbeitsunfähige Bevölkerung eine Effizienzsteigerung bei der Ausnutzung der Arbeitskraft, andererseits bildeten die verlassenen Grundstücke die Basis für die jugoslawische Bodenreform und die für den Herbst 1945 geplante Ansiedlung land- und mittelloser Sympathisanten der Volksbefreiungsbewegung in der Vojvodina (die so genannte Kolonisation). Zuvor jedoch waren im Juni 1945 den internierten Jugoslawiendeutschen auf der Basis einer in deutschsprachigen Publikationen oft missinterpretierten Auslegung<sup>21</sup> (*tumačenje*) zum AVNOJ-Präsidialbeschluss die Bürgerrechte (Recht auf Privatsphäre und Bewegungsfreiheit innerhalb des Staatsgebietes, Wahlrecht usw.) entzogen worden. Ab diesem Zeitpunkt spielte die deutsche Sprachgruppe im Lande keine Rolle mehr.

Mit Bewachung und (Arbeits-)Disziplin in den Lagern und Dörfern unter Spezialverwaltung war die kommunistische Führung zumindest in den ersten Monaten offenbar derart unzufrieden, dass sich sogar Tito der

19 AVII, Fond „NOR“, kutija 1661, registrirani broj 19: Befehl des Kommandanten der Militärverwaltung für den Banat, die Bačka und die Baranja vom 29.11.1944, gezeichnet Ivan Rukavina.

20 Arhiv Vojvodine, Novi Sad (AV; Archiv der Vojvodina), Fond 205 „Statistički podaci o broju stanovnika Vojvodine 1946“; ferner: ASCG, Fond 513, XXXIV MP, III-3/160: Zahl der Lagerinsassen, Dokument undatiert, ungezeichnet.

21 Službeni list Demokratske Federativne Jugoslavije, 8.6.1945, Punkt 347; deutsche Übersetzung in: Bundesministerium, Schicksal der Deutschen, S. 183 E f.

Sache annahm. In seiner doppelten Funktion als Präsident des Ministerrates und Verteidigungsminister ordnete er am 7. Mai 1945 an, die internierten Deutschen vermehrt in den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben der Vojvodina einzusetzen.<sup>22</sup> Es lag im Interesse der Machthaber, mit möglichst wenig Personal- und Kostenaufwand die Arbeitskraft der Donauschwaben maximal auszunutzen. Wenn dabei zehntausende von unschuldigen Menschen einzig wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit starben, ist dies ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich das internationalistische, d.h. revolutionäre Nationalitätenkonzept nicht auf die Deutschen anwenden ließ.

Dass die hygienischen, sanitären und versorgungsmäßigen Lagerbedingungen lokal stark voneinander abwichen, war bereits der donauschwäbischen Erinnerungsliteratur zu entnehmen und wird heute durch die wenigen zugänglichen Berichte aus serbischen Archiven bestätigt. Dasselbe gilt für die gleichfalls sehr unterschiedlichen Beziehungen zwischen Lagerinsassen einerseits und Wachpersonal, ortsansässiger Bevölkerung sowie Gemeinde- und Kreisbehörden andererseits. Seit September 1945 wurden Aufsicht und Verwaltung über die zivilen Lager nicht mehr vom Militär, sondern von der Sektion für Lager und Arbeitsdienst innerhalb des Provinzialministeriums für innere Angelegenheiten übernommen. Insofern die Kosten der Lagerverwaltung von diesen Organen getragen werden mussten, war es fortan nicht mehr möglich, Lagerinsassen unentgeltlich zivilen und militärischen Einrichtungen oder Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen. Für landwirtschaftliche Arbeiter verlangte die Lagerleitung nun zwischen 50 und 60 Dinar pro Tag, für Hausangestellte zwischen 40 und 50 Dinar, für Facharbeiter betrug der Ansatz 90 Prozent des gesetzlich festgesetzten Lohnes für ‚normale‘ Fachkräfte. Für Personen unter 18 Jahren veranschlagte man 75 Prozent der Ansätze von Erwachsenen.<sup>23</sup> Nicht selten kam es dabei vor, dass die Lagerinsassen (*logoraši*) den mittlerweile in ihre Wohnungen und Gehöfte eingezogenen Neusiedlern zur Seite gestellt wurden, um diese mit landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden und Bodenbeschaffenheit vertraut zu machen. Laut einem Bericht des jugoslawischen Bundeslandwirtschaftsministers Vaso Čubrilović sollen im Jahr 1945 rund 35.600 donauschwäbische *logoraši*, mehrheitlich ältere Personen und Kinder, in der Landwirtschaft eingesetzt worden sein.<sup>24</sup> Spätestens seit Dezember des Jahres waren auch

22 Arhiv Jugoslavije (Hg.), Zbornik dokumenata i podataka o narodnooslobodilačkom ratu naroda Jugoslavije, tom II, knj. 15 [Dokumentensammlung und Angaben zum Volksbefreiungskrieg der Völker Jugoslawiens, Band II, Buch 15], Belgrad 1982, S. 442 f.

23 Istorijški arhiv Sombor (Historisches Archiv, Sombor), Fond 217, inventarski broj 481: Schreiben der Abteilung für Volksgesundheit des Hauptausschusses für die nationale Befreiung der Vojvodina (*Glavni narodnooslobodilački odbor Vojvodine*, GNOV) an die Abteilung für Volksgesundheit des Bezirksvolksausschusses Sombor, Sombor, 7.9.1945, Unterschrift unleserlich.

24 ASCG, Fond 50, 88/36: Bericht des Bundeslandwirtschaftsministers Vaso Čubrilović über die Zusammenlegung der Landwirtschaftskommission der Vojvodina und der Kommission für die Ansiedlung von Kämpfern in der Vojvodina an den Wirtschaftsrat des Demokratischen Föderativen Jugoslawien, undatiert (vermutlich 1947).

die Mitarbeiter der britischen Botschaft in Belgrad – angeblich durch zwei katholische Priester aus Apatin – über die teilweise katastrophalen Umstände in den donauschwäbischen Arbeits- und Sammellagern informiert.<sup>25</sup> In mehreren Bulletins an das Foreign Office in London wurde das Leid der donauschwäbischen Gefangenen ausführlich thematisiert. Medizinische Unterversorgung, anhaltender Nahrungsmittelmangel, unzulängliche sanitäre Einrichtungen und die rücksichtslos betriebene Ausbeutung der Arbeitskraft waren laut den britischen Berichten die Ursachen für die hohe Sterblichkeitsrate in den Lagern.

Bis März 1948 sind auf dem Gebiet der Vojvodina laut zuverlässigen statistischen Zählungen und Hochrechnungen ca. 50.000 Donauschwaben umgekommen.<sup>26</sup> Der überwiegende Teil (rund 43.000 Personen) starb auf der Flucht oder erlag in einem der Arbeits- und Krankenlager den Folgen der dortigen katastrophalen Lebensumstände. Rund 7.000 Donauschwaben, die sich zwischen 1941 und 1944 aufgrund ihrer Funktion oder Tätigkeit tatsächlich oder angeblich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht hatten, wurden beim ersten Kontakt mit den jugoslawischen Partisanen ohne Gerichtsverfahren hingerichtet.<sup>27</sup> Insgesamt ist somit rund ein Drittel der in den Machtbereich der Volksbefreiungsarmee gefallenen Donauschwaben im Zeitraum von knapp vier Jahren gestorben. Bei dieser hohen Zahl an Todesopfern muss berücksichtigt werden, dass sich in den Lagern mehrheitlich Kinder bzw. Personen über 60 Jahre befanden.

## 2.2. Die jugoslawische Deutschenpolitik im internationalen Kontext

Der Anstoß zur Internationalisierung des Deutschenproblems ging von Sreten Vukosavljević aus. Dieser wandte sich bereits im April 1945 mit der Forderung an den Wirtschaftsrat des Demokratischen Föderativen Jugoslawien, sich argumentativ auf eine Aussiedlung der verbliebenen deutschsprachigen Bevölkerung vorzubereiten.<sup>28</sup> Mehr als die Frage von Aussiedlung bzw. Vertreibung der Deutschen dürften allerdings für die Politbüromitglieder bis zum Kriegsende andere Probleme im Vordergrund gestanden haben – allen voran die Vernichtung der südslawischen Bürgerkriegsgegner. Das Präsidium des Ministerrats als oberstes Exekutivorgan Jugoslawiens reagierte nämlich erst im Juni auf Vukosavljevićs Vorschlag, vertrat dann aber ebenfalls die Position, die noch im Lande verbliebenen Deutschen müssten abgeschoben werden. Offensichtlich gelang es der jugoslawischen Regierung jedoch nicht mehr rechtzeitig, die Vertreter der Potsdamer Konferenz von ihrer

25 National Archives, London, Foreign Office 371/55525: Britische Botschaftskanzlei Belgrad an Foreign Office/Southern Department, 14.12.1945, ungezeichnet.

26 Donauschwäbische Kulturstiftung, Verbrechen, S. 314.

27 Hrvatski institut, Represija, S. 324–326, hier S. 325 f.

28 ASCG, Fond 97, 3/35: Sreten Vukosavljević an den Wirtschaftsrat, 19.4.1945.

Position zu unterrichten, weshalb die Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus Jugoslawien auf der Konferenz nicht thematisiert wurde. Bis zum Sommer 1946 unternahm Belgrad mehrere Versuche, die in den Lagern konzentrierten Donauschwaben mit internationaler Sanktionierung auszusiedeln. Die stets abschlägigen Bescheide seitens der Alliierten veranlassten das Außenministerium schließlich zu der Ansicht, dass diese Frage „in absehbarer Zeit nicht auf legale Weise wird gelöst werden können.“<sup>29</sup> Seit Mitte 1946 wurde daher die massenhafte Flucht donauschwäbischer Lagerinsassen von den volksdemokratischen Behörden toleriert und trotz Protesten aus Budapest teilweise gar aktiv gefördert.<sup>30</sup> Erst im Dezember 1947 zeichnete sich ein Wandel in der Behandlung der zurückgebliebenen Deutschen ab: Die Fluchtbewegung wurde gestoppt, und viele jüngere Männer mussten anstelle der entlassenen deutschen Kriegsgefangenen gegen geringes Entgelt in Bergwerken arbeiten. Die Lager in der Vojvodina wurden bis zum März 1948 in mehreren Stufen aufgelöst, Arbeitsfähige gesondert erfasst und auf Staatsgütern (*Državno poljoprivredno dobro*; DPD) sowie in landwirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaften (*Seljačka radna zadruga*; SRZ) eingesetzt. Seit 1949 konnten die entlassenen Jugoslawiendeutschen die jugoslawische Staatsbürgerschaft beantragen, nachdem sie bis zu diesem Zeitpunkt – obwohl formaljuristisch nie der jugoslawischen Staatsbürgerschaft beraubt – als staatenlos gegolten hatten.<sup>31</sup> Von den damals noch rund 50.000 Personen sollen ca. 45.000 davon Gebrauch gemacht haben, während die restlichen 5.000 ‚Volksdeutschen‘ weiterhin staatenlos blieben.<sup>32</sup> Allerdings haben sehr viele Deutsche bereits im Laufe der Jahre 1951 und 1952 einen Antrag auf Entlassung aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft gestellt und um Repatriierung nach Österreich oder Deutschland angesucht. Das jugoslawische Innenministerium bewilligte diese Anträge anfänglich großzügig, seit 1951 jedoch nur noch unter der Bedingung, dass ein anderes Land dem Antragsteller die Staatsbürgerschaft zusprach. Ein Jahr darauf schlossen die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien eine für Belgrad finanziell attraktive Vereinbarung, wonach Bonn pro Umsiedler bis zu 12.000 Dinar an die jugoslawische Regierung zahlte. Zwischen den Bevölkerungserhebungen von 1953 und 1961 ging die Zahl der Deutschen von 60.536 auf 20.015 zurück.<sup>33</sup>

29 Ebd.

30 PORTMANN, *Revolution*, S. 266.

31 Arhiv Josipa Broza Tita, Belgrad (Archiv Josip Broz Titos), Kabinet Maršala Jugoslavije, I-2a/9: Problemi Folksdojcera, 1952, ungezeichnet.

32 Ebd.

33 Mitja FERENC, „Nemci“ na Slovenskem v popisih prebivalstva po drugi svetovni vojni [Die „Deutschen“ in Slowenien in den Bevölkerungszählungen nach dem Zweiten Weltkrieg], in: Dušan NEČAK (Hg.), „Nemci“ na Slovenskem 1941–1955 [Die „Deutschen“ in Slowenien 1941–1955], Laibach 1998, S. 271–322.

Der Hass auf alles Deutsche erwies sich als zu groß, als dass sich die vielbeschworene ‚Brüderlichkeit‘ auch auf die ‚Volksdeutschen‘ hätte applizieren lassen. Die in traditionellen nationalen Denkmustern verhafteten Akteure sowohl in- als auch außerhalb der KPJ konnten aus unterschiedlichen Motiven heraus (dazu gehörten der Wunsch nach Vergeltung und Bestrafung, das Bedürfnis nach ethnischer ‚Homogenität‘ der Vojvodina und die Aussicht auf ökonomische Gewinne) der Versuchung nicht widerstehen, kollektiv über die Deutschen zu richten. Dabei wussten die jugoslawischen Behörden sehr wohl, dass eine Mehrheit der donauschwäbischen Gefangenen sich keines Verbrechens schuldig gemacht hatte: Die staatliche Kriegsverbrecherkommission registrierte 2.560 mutmaßliche ‚volksdeutsche‘ Kriegsverbrecher und 350 Volksfeinde.<sup>34</sup> Indem man davon ausging, dass fast alle Jugoslawiendeutschen auch gleichzeitig nationalsozialistische Verbrecher seien, maß man der nicht objektivierbaren Volkszugehörigkeit mehr Bedeutung bei als der politisch-ideologischen Orientierung.

### 3. Die ungarische Bevölkerung 1944–1948

#### 3.1. Zur jugoslawischen Magyarenpolitik

In den ersten Wochen des Bestehens der Militärverwaltung sah sich die ungarischsprachige Bevölkerung – zumal in der Bačka – mit der gleichen ethnisch basierten Feindseligkeit konfrontiert wie die Donauschwaben. Unmittelbar nach dem Rückzug der deutschen Besatzungstruppen kam es seit Anfang Oktober 1944 im Banat und insbesondere in der Bačka zu persönlichen Racheakten serbischer Zivilisten an der einheimischen ungarischen Bevölkerung. Dort, wo die ‚Razzia‘<sup>35</sup> der ungarischen Besatzungsmacht im Januar 1942 am schlimmsten gewütet hatte (Šajkaš, Žabalj, Čurug, Mošorin), empfanden die Menschen nun am stärksten das Bedürfnis nach Abrechnung und Vergeltung. Aber auch in anderen Ortschaften der Bačka (Mol, Ada, Stari Bečej, Bačka Topola) und des Banats (Pančevo, Kikinda, Petrograd/Zrenjanin) wurden Ungarn im Zuge des Partisaneneinmarsches und in den Wochen danach ohne Gerichtsverhandlung erschossen. Im Banat machte die Geheimpolizei OZNA in erster Linie Jagd auf Anführer des Banater ungarischen Kulturvereins (*Bánáti Magyar Közművelődési Szövetség*; BMKSZ) und magyarische Angehörige der deutschen Hilfspolizei (HiPo), während in

34 Miodrag ZEČEVIĆ/Jovan P. POPOVIĆ (Hgg.), Dokumenti iz istorije Jugoslavije. Državna komisija za utvrđivanje zločina okupatora i njegovih pomagača iz drugog svetskog rata [Dokumente aus der Geschichte Jugoslawiens. Die staatliche Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Besatzer und ihrer Helfer während des Zweiten Weltkriegs], Belgrad 1996, S. 44. Zum Vergleich: Die Kriegsverbrecherkommission verzeichnete 4.071 deutsche, 1.223 österreichische und 3.325 ungarische mutmaßliche Kriegsverbrecher.

35 Im Zuge der ungarischen ‚Razzia‘ Anfang 1942 wurden rund 3.500 Serben und Juden aus der südlichen Bačka als Vergeltung für kommunistische Sabotageakte von Angehörigen der Besatzungsmacht und unter Mitwirkung einheimischer Ungarn ermordet; siehe: Dimitrije BOAROV, Politička istorija Vojvodine [Politische Geschichte der Vojvodina], Novi Sad 2001, S. 167 f.

der Bačka Mitglieder der Pfeilkreuzlerpartei, Beamte der Besatzungsverwaltung und führende Persönlichkeiten des Südungarischen Kulturvereins (*Délvidéki Magyar Közművelődési Szövetség*; DMKSZ) verfolgt und massenhaft exekutiert wurden. Auf der Grundlage von beschlagnahmten Dokumenten aus der Zeit der Okkupation und Meldungen von Bürgern erstellten die Kommandanten der Militärposten und die Mitarbeiter der OZNA so genannte Überprüfungs- und Liquidationslisten. Die Massenerschießungen fanden meist etwas abseits der bewohnten Gebiete statt, obwohl es auch Beispiele öffentlicher Hinrichtungen in Ortszentren gab.

Auf der Basis des zugänglichen Quellenmaterials muss von knapp 2.000 Ungarn ausgegangen werden, die während der ersten Wochen der kommunistischen Herrschaft in der Vojvodina mehrheitlich ohne gerichtliches Verfahren liquidiert wurden. Dies geht aus der bereits zitierten, vom Chef der II. OZNA-Abteilung für die Vojvodina angefertigten Liste über die Zahl der dortigen Liquidationen hervor.<sup>36</sup> Immer wieder kolportierte Schätzungen von (exil-)ungarischer und kroatischer Seite, in denen von 40.000 Todesopfern die Rede ist, sind überhöht und entbehren jeglicher quellenmäßiger Grundlage.<sup>37</sup>

Bereits zwei Tage nach Aufrichtung der Militärverwaltung (17. Oktober 1944) begannen Einheiten der OZNA, aber auch Mitglieder regulärer Partisanenverbände in der Bačka und im Banat mit der partiellen Internierung der ungarischen Bevölkerung in Sammel- und Arbeitslagern. Zusammen mit den ‚Volksdeutschen‘ wurden Tausende, vielleicht auch Zehntausende Magyaren inhaftiert und zum Arbeitsdienst eingeteilt. Zuverlässige Angaben über die Zahl der internierten Ungarn konnten bisher nicht gefunden werden. Ekkehard Völkl nennt die realistische Zahl von 30.000 Magyaren, die als Kriegsverbrecher, Kollaborateure und ‚Volksverräter‘ in Gefängnisse und Arbeitslager verbracht wurden.<sup>38</sup> Indes zeichnete sich bereits im Herbst 1944 der Wille der politischen Führung zur Integration der ungarischen Bevölkerung, etwa durch ihre Aufnahme in die Volksbefreiungsarmee, ab. Nach vorläufigen Untersuchungen sollen an den Schlussoperationen zur Befreiung Jugoslawiens rund 10.000 Ungarn aus der Vojvodina mitgewirkt haben.<sup>39</sup> Zu einer Massenflucht oder gar von oben angeordneten Vertreibung der ungarischen

36 Hrvatski institut, Represija, S. 324–326, hier S. 325.

37 Die Zahl von 40.000 Todesopfern nannte der ungarische Kardinal József Mindszenty (1892–1975) im Jahre 1946. Tibor Cseres versuchte sie in seinem einseitigen Buch zu bestätigen; siehe: Tibor CSERES, *Titoist Atrocities in Vojvodina 1944–1945. Serbian Vendetta in Bacska*, Toronto 1993, S. 9 und 38. Károly Kocsis spricht ohne Verweis auf seine Quellen von 20.000 ungarischen Toten in der Vojvodina, davon 16.800 alleine in der Bačka; siehe: Károly KOC SIS, *Die ethnische Struktur in den Grenzräumen der karpatho-ukrainischen Region*. In: Helga SCHULTZ (Hg.), *Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg* (Frankfurter Studien zur Grenzregion 4), Berlin 1998, S. 69–104, hier S. 98.

38 Ekkehard VÖLKL, *Der Westbanat 1941–1944. Die deutsche, ungarische und andere Volksgruppen*, München 1991, S. 189.

39 Aleksandar KASAŠ, *Mađari u Vojvodini 1941–1946* [Die Ungarn in der Vojvodina 1941–1946], Novi Sad 1966, S. 189.

Bevölkerungsgruppe aus der Vojvodina ist es jedoch nicht gekommen. Bei der ersten inoffiziellen Bevölkerungszählung im Nachkriegsjugoslawien (ohne Syrmien) wurden im November 1944 knapp 387.000 Personen registriert, die sich zur ungarischen Nationalität bekannten.<sup>40</sup> Zum Vergleich: Bei der letzten Bevölkerungserhebung in der Zwischenkriegszeit im März 1931 waren es rund 386.000. Wie immer sind solche Zahlen kritisch zu interpretieren. In diesem Falle kann davon ausgegangen werden, dass sich Personen, die sich während der NS-Besatzung als Deutsche ausgewiesen hatten, nun als Angehörige der ungarischen Nationalität ausgaben; zugleich haben etliche Bewohner, die sich vormals als Ungarn bezeichneten, nach 1944 tunlichst die südslawische Nationalität angenommen. Diese Vorgänge sind ein anschauliches Beispiel für die Beliebigkeit nationaler Bekenntnisse vor dem Hintergrund wechselnder Konformitätszwänge und opportunistischen Verhaltens.

### 3.2. Aussiedlungspläne

Über die jugoslawisch-kommunistischen Pläne zur Aussiedlung der Ungarn aus der Vojvodina ist relativ wenig bekannt. Fest steht, dass das Thema bis zum Abschluss des ungarisch-jugoslawischen Abkommens über einen gegenseitigen, auf Freiwilligkeit beruhenden Bevölkerungsaustausch im September 1946 immer wieder auf der Agenda vojvodinischer, serbischer und jugoslawischer Politiker stand. Unter der serbischen Bevölkerung der Bačka war wohl das Bedürfnis nach Vergeltung Ausschlag gebend für die Forderung nach Aussiedlung der Ungarn. Innerhalb der serbischen Regierung (Vaso Čubrilović, Sreten Vukosavljević) dürfte hingegen der Wunsch nach einer ethnisch ‚reinen‘ Vojvodina – trotz internationalistischer Nationalitätenpolitik – hauptsächliche Motivation für entsprechende Überlegungen gewesen sein. So verlangten Serben aus Čurug in einer Petition an die Kriegsverbrecherkommission für die Vojvodina im Januar 1945 die Aussiedlung aller Ungarn und Deutschen, da „nach den Verbrechen, die während des Krieges und der [ungarischen] Razzia begangen wurden, ein gemeinsames friedliches und ungestörtes Leben mit ihnen nicht mehr möglich“<sup>41</sup> sei. Auch die Bewohner von Mošorin wünschten die Aussiedlung von 550 Ungarn aus ihrem Dorf. Die Kriegsverbrecherkommission erklärte infolgedessen tatsächlich alle ungarischen Einwohner Čurugs zu Kriegsverbrechern, woraufhin die Militärbehörden mit deren Aussiedlung bzw. Internierung begannen. Zusammen mit der Mehrzahl der Ungarn des Bezirkes Šajkaš wurden sie in das Sammellager Bački Jarak verbracht. Dazu hieß es in einem Kommuniqué der Militärverwaltung vom 26. Januar 1945 in einer wenig überzeugenden internationalistischen Diktion: „Die ausgesiedelten Einwohner von Čurug sind Ungarn, aber diese Maßnahme wird nicht gegen

40 AV, Fond 205, fol. „Podaci o stanovništvu Bačke 1945“.

41 KASAŠ, Mađari, S. 181.



sie als Ungarn, die gleichberechtigte Bürger Jugoslawiens sind, durchgeführt, sondern als verdiente Strafe für ihre Verbrechen.<sup>42</sup> In einem Papier der Kriegsverbrecherkommission der Vojvodina über die ‚ungarischen Verbrechen‘ ging man noch einen Schritt weiter und forderte erfolglos die „Entfernung auch der letzten ungarischen Familie“; die einheimischen Ungarn hätten es keinen Tag länger verdient, in den Genuss der jugoslawischen Gastfreundschaft zu kommen.<sup>43</sup> Die beiden Zitate werfen ein bezeichnendes Licht auf die disparate Nationalitätenpolitik der Nachkriegsgestalter: Man schwankte zwischen der noch wenig gefestigten Absicht einer nationalen Gleichberechtigung einerseits sowie dem diffusen, aber dennoch festen Glauben an eine südslawisch/serbische Überlegenheit in Verbund mit dem Ideal nach ‚ethnischer Reinheit‘ andererseits. Sreten Vukosavljević beispielsweise schlug auf der Basis eines Bevölkerungsaustausches mit Ungarn im April 1945 vor, mindestens 80.000 Magyaren aus den Kreisen Bačka Topola, Senta und Stari Bečej auszusiedeln, um die Zahl der ungarischen Agrarinteressenten möglichst gering zu halten und in jedem Kreis ihre absolute oder relative Mehrheit zu verhindern.<sup>44</sup> Er wäre sogar bereit gewesen, ein kleines Gebiet im Nordosten der Vojvodina (Horgoš, Kanjiža, Senta) an den nördlichen Nachbarn abzutreten, wenn sich dieser im Gegenzug bereit erklärt hätte, zusätzlich 200.000 Ungarn aufzunehmen.<sup>45</sup> Durchaus paradox wirkt seine ‚internationalistische‘ Argumentation:

„Unter unseren Ungarn gibt es über 100.000 Landlose, Landarbeiter und Fremdarbeiter [...]. Wie auch den Jugoslawen, werden wir ihnen allen Boden zuteilen müssen, wenn sie im Land bleiben. Wir werden zwischen ihnen und unseren Bürgern absolut keinen Unterschied machen können. Diejenigen, welche im Land bleiben, müssen gleichberechtigt sein. Und wenn wir den Ungarn Land geben, werden wir die Vojvodina noch stärker magyarisieren und den Bodenfonds aufbrauchen. Somit werden wir weder den Soldaten dieses Krieges noch denjenigen Familien Land zuteilen können, die durch ihre Teilnahme am Kampf ein Recht darauf erworben haben. Deswegen müssen wir mindestens so viele Ungarn aussiedeln, dass die uns erhalten bleibenden Ungarn belohnt werden können. Wir müssen mindestens so viele von ihnen aussiedeln, dass die Vojvodina nicht noch stärker als bisher magyarisiert wird. [...] Wir werden mit den ungarischen Einwohnern der Vojvodina nicht anders umgehen können als mit den jugoslawischen. Deshalb können wir in der Vojvodina nicht mehr Ungarn behalten, als für uns ungefährlich ist. [...] Wir haben keine andere Wahl, als eine hohe Anzahl Magyaren auszusiedeln.“<sup>46</sup>

42 Ebenda.

43 AV, Fond 183.216: Vorlage der Kriegsverbrecherkommission der Vojvodina zu den „ungarischen Verbrechen“, undatiert, ungezeichnet.

44 Zoran JANJEVIĆ, Neslovenske nacionalne manjine u Vojvodini krajem Drugog svetskog rata [Die nicht-slawischen nationalen Minderheiten in der Vojvodina am Ende des Zweiten Weltkriegs]. In: Hans-Georg FLECK/Igor GRAOVAC (Hgg.), Dijalog istoričara-povjesničara 3 [Dialog der Historiker 3], Zagreb 2002, S. 389–401, hier S. 397.

45 GAČEŠA, Agrarna reforma, S. 146.

46 Ebenda, S. 147.

Es ist bezeichnend, dass selbst einer der einflussreichsten damaligen Akteure das Prinzip des Internationalismus' ganz offensichtlich nicht verinnerlicht hatte. Ganz in der Tradition der serbischen Nationalitätenpolitik der Zwischenkriegszeit verhaftet, blieben für Vukosavljević ethnische Minderheiten *a priori* suspekta und staatschwächende Elemente. Konsequenterweise wurde sein Vorschlag jedoch vom jugoslawischen ZK bzw. vom Wirtschaftsrat zurückgewiesen.

Ohne Zweifel favorisierte eine Mehrheit der vojvodinischen Serben zum damaligen Zeitpunkt die Vertreibung bzw. Aussiedlung der Ungarn. Kennzeichnend dafür ist eine Äußerung gegenüber dem nachmaligen kroatischen Historiker und Politiker Dušan Bilandžić (\*1924), der sich im Jahr 1945 beim Stab der III. Armee in Novi Sad befand:

„Genosse Major, das serbische Volk wird euch dankbar dafür sein, dass ihr die Deutschen aus der Vojvodina vertrieben habt. Aber es wird euch nie vergessen, dass Magyaren nicht vertrieben wurden, um eine rein serbische Vojvodina zu schaffen.“<sup>47</sup>

### 3.3. Auf dem Weg zur Gleichberechtigung?

Bereits Ende November 1944 begann sich die Haltung des Politbüros gegenüber der ungarischen Bevölkerung im Banat und in der Bačka zu ändern. In einer Anweisung der Militärbehörden vom 20. November 1944 gestand man sogar Fehler in der Politik gegenüber der ungarischen Volksgruppe ein; gleichzeitig wurde vor einer kollektiven Schuldzuweisung und Bestrafung wie im Falle der Deutschen gewarnt:

„Das Vorgehen gegen die Ungarn sollte sich danach richten, wie sie sich den slawischen Einwohnern gegenüber verhalten haben. Es soll unterschieden werden zwischen sauberen [Ungarn] und solchen, die sich verräterisch gegenüber der slawischen Bevölkerung der Bačka, der Baranja und des Banats verhalten haben. Alle Magyaren, welche die deutsch-ungarischen Besatzer in den Pogromen unterstützt oder an ihnen teilgenommen haben, sollen zusammen mit den Deutschen in Lager eingewiesen werden; alle antifaschistischen Ungarn, besonders aus Gebieten, in denen sie sich unseren Einwohnern gegenüber korrekt gezeigt haben, und diejenigen, die sich freiwillig in unsere Volksbefreiungsarmee melden, sollen in unsere Einheiten eingewiesen werden.“<sup>48</sup>

Am Ende des Schreibens stand die Forderung, all jene Ungarn sofort aus den Lagern zu entlassen, die nicht in die Kategorie der Kriegsverbrecher fielen. Den entlassenen Ungarn sollten Bewegungsfreiheit und die Rückkehr in ihre Häuser zugesichert, der bereits entzogene Besitz unverzüglich restituiert werden. Falls Letzteres nicht möglich war, musste eine entsprechende Entschädigung

47 KASAŠ, Mađari, S. 194. An diese Aussage von Rechtsanwalt Budimčević erinnerte sich Bilandžić in einem Interview für die in Zagreb erscheinende Zeitschrift „Globus“ vom 22.11.1991.

48 AV, Fond 170.20: Anweisung an die Militärgebiete vom 20.11.1944.

ausbezahlt werden. Die für das gesamte Gebiet der Militärverwaltung verbindliche Anweisung ihres Kommandanten Ivan Rukavina (1912–1992) vom 1. Dezember 1944 bestätigte die Richtung dieser neuen Politik. In Zukunft galten die Ungarn in der Theorie als gleichberechtigte Bürger des Demokratischen Föderativen Jugoslawien. Ausgenommen davon waren lediglich jene Personen, die „als Kriegsverbrecher unmittelbar an den Vergehen der ungarischen Faschisten teilgenommen“<sup>49</sup> hatten. Der abrupte und überraschende Kurswechsel in der jugoslawischen Volkstumspolitik zeitigte heftige Reaktionen in der serbischen Bevölkerung. Insbesondere die Einwohner von Čurug waren auch nach der öffentlichen Hinrichtung einiger für die ‚Razzia‘ verantwortlicher Ungarn im Januar 1945 nicht zu besänftigen. Im Gebiet der ‚Razzia‘ (Šajkaš) hielt die repressive Politik gegen die ungarische Bevölkerung daher mindestens bis Ende Januar 1945 an: Noch am 29. des Monats wurden rund 1.500 Ungarn aus Žabalj, die angeblich an der „faschistischen Razzia zur Zeit der Okkupation teilgenommen“<sup>50</sup> hatten, von Einheiten der militärischen Spezialeinheit KNOJ in das Lager Bački Jarak verbracht. Erst nach einem inoffiziellen Besuch des Generalsekretärs der ungarischen Kommunistischen Partei, Mátyás Rákosi (1892–1971), im Januar 1945 bei der KP-Führung der Vojvodina und anschließend bei Tito zeichnete sich auch im Gebiet von Šajkaš die anderenorts bereits vollzogene Richtungsänderung ab. Für Syrmien erließ die KP erst im März 1945 eine Weisung, wonach nun auch in diesem Gebiet die „falsche Einstellung gegenüber den Ungarn“ mit Blick auf mögliche verheerende politische Konsequenzen geändert werden sollte.<sup>51</sup> In dem Schreiben der KP-Abteilung Syrmien hieß es, dass die „ungarische Minderheit als Ganzes keine Verantwortung für die Verbrechen trägt, welche die ungarische Besatzungsmacht am serbischen Volk verübt hat, und dass die Ungarn wirklich freigelassen und als gleichberechtigte Bürger im neuen Demokratischen Föderativen Jugoslawien betrachtet werden.“<sup>52</sup> Im Mai des Jahres wurde sogar eine Bundeskommission eingesetzt, welche die während des kommunistischen Einmarsches aufgetretenen ‚Unregelmäßigkeiten‘ zu untersuchen hatte. Im Rahmen der VII. (und gleichzeitig ersten Nachkriegs-) Provinzkonferenz der KPJ für die Vojvodina am 5. und 6. April 1945 in Novi Sad schwor der politische Sekretär des Provinzkomitees, Jovan Veselinov (1906–1982), die zumeist serbischen Parteimitglieder auf die neue, internationalistische Linie in der Nationalitäten- und Minderheitenpolitik ein. In seinem Einleitungsreferat warnte er die Serben vor einer ‚sektiererischen‘

49 AV, Fond 170.69: Anweisung Ivan Rukavinas an sämtliche Militärkommandanturen und Militärposten vom 1.12.1944.

50 AVII, kutija 222, fascikla 1/III, dokument 38/3: Vertrauliche Tagesmeldungen des KNOJ an die OZNA vom 7.2.1945, Unterschrift unleserlich.

51 Ljubiša VASILIC, Okružni komitet za Vojvodinu 1944–1945 [Das Bezirkskomitee für die Vojvodina 1944–1945], Novi Sad/Sremski Karlovci 1978, S. 394–396.

52 Ebenda, S. 396.

Haltung gegenüber den nationalen Minderheiten; zugleich forderte er indes die Ungarn auf, ihre Einstellung gegenüber der Volksbefreiungsarmee zu revidieren.<sup>53</sup> Auch auf dem Gründungskongress der KP Serbiens vom 8. bis 12. Mai 1945 wurde heftig über die nationale Frage debattiert: In den ersten Monaten nach der Befreiung seien zahlreiche Fehler begangen worden, die vor allem auf die unzureichende Unterdrückung großserbischer Strömungen zurückzuführen gewesen seien.<sup>54</sup> Unmittelbar nach Kriegsende stieg innerhalb der Kommunistischen Partei der Druck von oben auf die Mitglieder, bei der konkreten Umsetzung der Nationalitätenpolitik mit gutem Beispiel voranzugehen. Dies bedeutete zuallererst, die Ungarn zumindest annähernd proportional zu ihrer Bevölkerungszahl in die Partei, in den SKOJ, die Volksausschüsse und in die Volksfrontausschüsse einzubinden und mit ihnen auf gleichberechtigter Basis zusammenzuarbeiten. Dessen ungeachtet blieb die ungarischsprachige Bevölkerung in praktisch allen volksdemokratischen Organen in der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich unterrepräsentiert: Im April 1945 zählte die KP der Vojvodina 7.155 Mitglieder, darunter nur 299 Ungarn (ca. 4,2 Prozent). Im SKOJ sah das Verhältnis noch schlechter aus: Unter den 9.717 Mitgliedern befanden sich gerade einmal 136 Ungarn (1,4 Prozent), während ihr Anteil in der Vojvodina bei gut 25 Prozent lag.<sup>55</sup> Immerhin korrigierten die ersten Lokalwahlen die nationale Zusammensetzung der Volksausschüsse dahingehend, dass nun die bisherige, praktisch totale serbische Dominanz etwas abgeschwächt wurde. Von einer proportionalen Mandatsverteilung und Parteimitgliedschaft war man jedoch auch in den folgenden Jahren weit entfernt.

Wenn den Ausführungen des montenegrinischen Politikers Milovan Đilas (1911–1995) Glauben geschenkt werden darf, trug die von der Sowjetunion geforderte Brüderlichkeit im Umgang mit den einheimischen Ungarn entscheidend dazu bei, sie vor einem ähnlichen Schicksal wie jenem der ‚Volksdeutschen‘ zu bewahren. Stalin drängte auf gute Beziehungen Jugoslawiens mit dem ebenfalls als Volksdemokratie vorgesehenen Ungarn. Der damals noch moskautreue Tito setzte sich gegen den Widerstand serbischer Funktionäre und weiter Teile der serbischen Bevölkerung durch und forderte entsprechend der internationalistischen Nationalitätenpolitik Brüderlichkeit im Umgang mit jenen jugoslawischen Ungarn, die sich keines Verbrechens schuldig gemacht hatten.

53 Ljubiša VASILIĆ, Pokrajinski komitet KPJ za Vojvodinu 1941–1945 [Das Provinzkomitee der Kommunistischen Partei für die Vojvodina 1941–1945], Novi Sad 1971, S. 495.

54 Milan BORKOVIĆ/Venceslav GLIŠIĆ (Hgg.), Osnivački kongres KP Srbije [Der Gründungskongress der Kommunistischen Partei Serbiens], Belgrad 1972, S. 97 f.

55 AV, Fond 334.11120: Angaben zu organisatorischen Fragen der KPJ in der Vojvodina (laut Schreiben Nr. 270 des Provinzkomitees Serbien vom 16.4.1945).

#### 4. Schlussüberlegungen

Für die jugoslawische Parteiführung um Tito, Milovan Đilas, Edvard Kardelj und Moša Pijade verlief zum damaligen Zeitpunkt die gesellschaftspolitische Trennung zwischen ‚richtig‘ und ‚falsch‘ oder ‚gut‘ und ‚schlecht‘ programmatisch nicht entlang nationaler, sondern politisch-ideologischer Linien. Dies bedeutete eine radikale Zäsur mit den ethnischen ‚Reinheitskonzeptionen‘, die in der Zwischenkriegszeit von jugoslawischen Politikern favorisierten und während des Krieges von den deutschen Nationalsozialisten, den kroatischen Ustaše und den serbisch-montenegrinischen Četnici schonungslos realisiert worden waren. Die Vojvodina blieb deswegen unmittelbar nach 1945 von Zwangsum- und Aussiedlungen in jener Radikalität verschont, wie sie andere mittel- und osteuropäische Staaten erfahren mussten. Dies ist bemerkenswert und war nach den vom Dritten Reich auch in Jugoslawien umgesetzten ethnischen Wahnvorstellungen alles andere als selbstverständlich. Die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller jugoslawischen Nationen und Nationalitäten besaß zwar eher deklarativen Charakter, als dass sie der Wirklichkeit entsprochen hätte. Alleine jedoch das Programm von *bratstvo i jedinstvo* war die *conditio sine qua non* für einen zweiten jugoslawischen Versuch. Somit erwies sich die gewaltsame Unterdrückung nationaler und nationalistischer Strömungen nach 1945 als kurzfristig kohäsiv. Das daraus abgeleitete Tabu jedoch, die Kriegsverbrechen der anderen Nationalitäten weder offen noch öffentlich zu thematisieren, muss als eine der Ursachen dafür gelten, dass sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts die nie ganz vergessenen ethnisch-nationalen Feindbilder blutig wiederbeleben ließen. Die Bürgerkriege der 1990er Jahren demonstrierten zum einen das Scheitern der revolutionären, aber oktroyierten Brüderlichkeits- und Einheitspolitik, zum anderen den mehr als zweifelhaften ‚Erfolg‘ traditioneller, aber (zumindest zeitweise) mehrheitsfähiger nationaler Homogenisierungsprojekte. Es wird Aufgabe der serbischen Eliten und Gesellschaft sein, in Zukunft einen ent-ideologisierten, zivilgesellschaftlichen Weg zwischen diesen beiden Extrempositionen zu beschreiten.

Michael Portmann, *L'etnopolitica nella Jugoslavia comunista fra rivoluzione e tradizione (1944–1948)*, con particolare riguardo ai gruppi linguistici tedesco e ungherese nella Provincia autonoma di Voivodina. Nel settembre 1945 il nuovo governo iugoslavo dominato dai comunisti creò la Provincia autonoma di Voivodina (*Autonomna pokrajina Vojvodina*), facente parte della Repubblica popolare di Serbia. Il territorio della Provincia era formato dalle tre regioni storiche di Sirmia (Srijem/Srem), Bačka e Banato, e fin dall'autunno 1944 passò sotto controllo dell'esercito di Liberazione titino. Fra l'ottobre 1944 e il febbraio 1945 la Baranja, successivamente assegnata

alla Repubblica popolare di Croazia, la Bačka e il Banato si trovarono sotto una rigida amministrazione militare, che aveva non da ultimo il compito di estendere il controllo sulla popolazione non slava, ossia di lingua tedesca, ungherese e romena. Fra gli allora 1,6 milioni di abitanti si contavano accanto a 680.000 serbi e a 150.000 croati, anche 390.000 ungheresi, 160.000 tedeschi (“svevi danubiani”), 70.000 slovacchi, 60.000 romeni e diverse decine di migliaia di appartenenti ad altri gruppi linguistici.

Estremamente eterogenea sotto il profilo nazionale, la struttura demografica della Voivodina consente di analizzare l’etnopolitica comunista in generale e quella nei confronti di tedeschi e ungheresi in particolare, sotto il profilo della sua risolutezza ideologica. L’articolo si concentra anzitutto sulla questione volta ad appurare, da un lato, dove il patrimonio di idee rivoluzionario-comunista (internazionalismo) abbia saputo imporsi durevolmente e, dall’altro, dove i nuovi detentori del potere si siano riallacciati a tradizionali rappresentazioni (serbe) ottocentesche e del periodo fra le due guerre. Nell’ambito dell’approccio qui di seguito caratterizzato come ‘rivoluzionario’ le linee di separazione fra amico e nemico correvano lungo la fede politico-ideologica. Si definisce invece come ‘tradizionale’ quel modo di pensare che giudicava il ‘valore’ delle persone in base alla loro appartenenza nazionale. L’attuazione della politica demografica in Voivodina era caratterizzata da conflitti fra la dirigenza centrale del Partito jugoslavo, di matrice prevalentemente rivoluzionaria, e gli organi regionali (dirigenza della sezione regionale del Partito, dirigenza della Repubblica serba e della Provincia di Voivodina), ancorata a modelli di pensiero piuttosto tradizionali.

Dopo il ritiro della potenza occupante tedesca e l’ingresso dell’Armata Rossa e dell’esercito di Liberazione popolare nell’ottobre 1944, nella futura Provincia di Voivodina restarono 160.000 tedeschi. L’impostazione fondamentalmente ostile verso tutte le minoranze non slave, unitamente alle evidentemente vaghe direttive politico-nazionali dei vertici del Partito jugoslavo, fece sì che subito dopo la presa del potere da parte dei comunisti la polizia segreta OZNA (*Odeljenje za zaštitu naroda*) uccidesse senza processo come criminali di guerra, traditori del popolo e collaboratori 6.500 tedeschi. Il noto decreto di esproprio del presidio del Consiglio di Liberazione nazionale della Jugoslavia (AVNOJ; *Antifašističko veće narodnog oslobođenja Jugoslavije*) del novembre 1944, da un lato, e il fatto che fino all’estate del 1945 praticamente tutti i tedeschi siano stati internati in campi di lavoro e lazzaretti, dall’altro, dimostrano che il principio internazionalistico non venne applicato alle popolazioni tedesche. Tanto durante le azioni di esproprio che in occasione degli internamenti si tenne conto solo in misura molto limitata delle idee o condotte politiche avute da costoro all’epoca dell’occupazione. I tedeschi della Voivodina furono piuttosto stigmatizzati e privati dei loro diritti collettivamente, in quanto gruppo nemico.

La popolazione di lingua ungherese fu in un primo tempo – almeno in Bačka – esposta a misure di vendetta e punizione collettiva analoghe a quelle dei tedeschi. Almeno 2.000 ungheresi furono fucilati nell'autunno del 1944, altri diecimila internati. Tuttavia, fin dalla fine del novembre 1944, l'atteggiamento del *Politburo* verso la popolazione ungherese cominciò a mutare. In futuro si sarebbe distinto fra ungheresi 'antifascisti' e 'traditori'. Nonostante tale cambiamento di rotta – probabilmente avviato anche dietro pressioni di Mosca e della dirigenza del Partito Comunista Ungherese – i politici serbi ventilarono piani di trasferimento in massa, mai attuati, fino alla primavera del 1945. Al termine della guerra i vertici del partito in Voivodina erano senza grande successo impegnati a coinvolgere, nel rispetto del dogma della fratellanza e unità, gli ungheresi nell'apparato di partito e amministrativo in misura proporzionale alla loro presenza numerica fra la popolazione.

Per quanto riguarda la popolazione iugoslava, le forze di orientamento internazionalistico all'interno delle nuove *élite* riuscirono poco o punto ad affermarsi, lasciando il campo libero ai fautori di progetti di omogeneizzazione nazionale (presenti in gran numero anche all'interno del Partito Comunista di Jugoslavia). La politica seguita nei confronti degli ungheresi passò in breve dal binario tradizionale a quello rivoluzionario. In questo senso la politica demografica dell'immediato dopoguerra può essere letta come sintesi di idee rivoluzionarie e tradizionalistiche.